

1 **LEITANTRAG**

2  
3 **zur Bundestagswahl 2013**

4  
5  
6  
7 **Starkes Deutschland**  
8 **– gut für Hamburg!**



## **Starkes Deutschland – gut für Hamburg!**

15

16 Deutschland ist erfolgreich, Deutschland geht es gut, den Menschen in Deutschland  
17 geht es gut! Die Koalition aus Union und FDP stellt die erfolgreichste  
18 Bundesregierung seit der Wiedervereinigung. Unsere wertorientierte, auf  
19 Konsolidierung, Stabilität und Wachstum ausgerichtete Politik unter der  
20 Verantwortung unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel trägt ihre Früchte!

21 Seit der Regierungsführung durch die Union entwickelte sich Deutschland in knapp  
22 acht Jahren vom Schlusslicht Europas zur Spitzennation. Unser Land fährt als  
23 Wachstums- und Stabilisierungslokomotive in Europa voran. Die Menschen  
24 hierzulande profitieren von einem stabilen und kontinuierlichen Wachstum der  
25 Wirtschaft, der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung und  
26 insbesondere die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa sowie von der  
27 signifikanten Senkung der Neuverschuldung des Bundes.

28 Diese Erfolge müssen fortgeschrieben werden. Es ist insbesondere für Hamburg als  
29 eine der wichtigsten Metropolen Deutschlands von elementarer Bedeutung, dass  
30 die Union mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel- an der Spitze unser Land weiter  
31 kompetent und vertrauensvoll regiert. Ein starkes Deutschland ist gut für Hamburg!

32 In den letzten vier Regierungsjahren hat die unionsgeführte Bundesregierung viel  
33 erreicht – insbesondere für unser Hamburg. Dieses darf nicht gefährdet werden, im  
34 Gegenteil: Darauf wollen wir aufbauen und Hamburg weiter vom Erfolg  
35 Deutschlands profitieren lassen.

### **Europa / Hamburg als internationaler Standort**

37 Hamburg ist das Tor zur Welt. Auf diesen Titel sind wir stolz! In der Europäischen  
38 Union ist unsere Elbmetropole eine der bedeutendsten Drehscheiben für Waren  
39 und Verkehrsströme. Hamburg arbeitet dabei eng mit europäischen Partnern  
40 zusammen. Der Hamburger Hafen hat erhebliche Bedeutung für den Export und  
41 Import der Staaten der Ostseeregion sowie Mittel- und Osteuropas. Die enge  
42 Kooperation und weitere Vernetzung mit den EU-Partnern und Nachbarstaaten der  
43 EU ist deshalb im Interesse Hamburgs. Die Politik von Bundeskanzlerin Dr. Angela  
44 Merkel, Finanzminister Wolfgang Schäuble und der unionsgeführten  
45 Bundesregierung in der aktuellen Krise zur Stabilisierung des Euro und zur  
46 Haushaltskonsolidierung ist im besonderen Interesse der Handelsmetropole  
47 Hamburg.

48 Hamburg profiliert sich auf europäischer Ebene sowie international als Handels-  
49 und Logistikstandort, als Kultur- und Sportstadt, als eine Metropole von Forschung

50 und Wissenschaft sowie als Stadt mit besonderer Lebensqualität und sauberer  
51 Umwelt. Diese Stärken gilt es durch die Bewerbung für sportliche  
52 Großveranstaltungen, internationale Wettbewerbe und Ausschreibungen sowie die  
53 Ansiedlungen europäischer und internationaler Organisationen bekannter zu  
54 machen.

55 Unsere Stadt ist eine der wachstumsstärksten Tourismusdestinationen in  
56 Deutschland. Nach Berlin und knapp hinter München belegt Hamburg bei den  
57 Städtereisezielen den dritten Platz und konnte in den vergangenen Jahren hohe  
58 Wachstumsraten gerade bei ausländischen Touristen erzielen. Dazu leistet auch die  
59 Politik der unionsgeführten Bundesregierung einen wichtigen Beitrag, indem die  
60 Mittel für die Auslandsvermarktung des Reiseziels Deutschland kontinuierlich  
61 erhöht und für Hamburg relevante Wachstumssegmente wie Geschäftsreise-,  
62 Kreuzfahrt- oder Fahrradtourismus unterstützt werden.

63 Im internationalen Bereich hat Hamburg große Standortvorteile. Unsere  
64 Hansestadt ist ein anerkannter Ort der internationalen Diplomatie, und mit fast  
65 100 Konsulaten sind wir der zweitgrößte Konsularstandort der Welt. Hamburgs  
66 Handelsbeziehungen in alle Welt schlagen sich auch in der Standortwahl des  
67 Ostasiatischen Vereins und –neuerdings – der EU-Lateinamerika-Stiftung nieder,  
68 für das sich die unionsgeführte Bundesregierung eingesetzt hat. Auf diese  
69 internationalen Verbindungen bauen unsere Hamburger Großunternehmen auf.  
70 Auch der gesamte international agierende Hamburger Mittelstand profitiert von  
71 Hamburgs weltweiten Verbindungen. Das zeigt sich zum Beispiel im Bereich der  
72 erneuerbaren Energien, wo Hamburger Unternehmen auch und gerade im Bereich  
73 der Beratung weltweit agieren.

74 Hamburg ist somit einer der größten Profiteure der Unionspolitik, die für die  
75 Stärkung des Freihandels, die Förderung und Internationalisierung des  
76 Mittelstandes sowie die Sicherung der Rohstoffversorgung eintritt. Gerade im  
77 Bereich der Rohstoffsicherheit hat die Bundesregierung durch die  
78 Rohstoffpartnerschaften mit Kasachstan und der Mongolei viel erreicht. Die  
79 Hamburger Unternehmen profitieren zudem von der modernen Entwicklungspolitik  
80 der CDU/CSU, die verstärkt auf nachhaltige Entwicklung und die Kooperation mit  
81 der Deutschen Wirtschaft setzt.

82

83

84

## 85 **Wirtschaft und Mittelstand**

86 Hamburg und seine Metropolregion sind eine der attraktivsten  
87 Wirtschaftsstandorte Deutschlands. Um diesen Status beizubehalten, muss unsere  
88 Wirtschaft weiter gestärkt werden. Hierbei spielt der Hafen eine besondere Rolle –  
89 nicht nur für Hamburg, sondern als einziger Seehafen von internationalem Rang  
90 auch für ganz Deutschland.

91 Deshalb muss der Hamburger Hafen auch in Zukunft dem international hohen  
92 Niveau entsprechen. Momentan rangiert der Hafen der Hansestadt auf einem  
93 hervorragenden zweiten Platz der großen europäischen Drehkreuze im  
94 internationalen Containerverkehr. Dies darf aber nicht Anlass sein, sich zur Ruhe zu  
95 setzen und auf Innovationen zu verzichten.

96 Da Anzahl und Größe von Großcontainerschiffen stetig zunehmen, ist für eine  
97 Weiterentwicklung des Hafens die Elbvertiefung unerlässlich. Sonst kann unser  
98 Hafen im Wettbewerb mit anderen Nordseehäfen, wie z.B. Rotterdam, nicht  
99 bestehen. Um zu verhindern, dass wichtige Industrien abwandern, müssen die  
100 Baggerarbeiten schnellstmöglich in Angriff genommen werden. Darüber hinaus  
101 müssen die norddeutschen Häfen besser zusammenarbeiten, um den gemeinsamen  
102 Wirtschaftsraum Norddeutschland zu stärken.

103 Neben dem Hafen bilden die kleinen und mittelständischen Unternehmen eine  
104 weitere tragende Säule unserer Hamburger Wirtschaft. Allerdings wird ihnen eine  
105 immer stärker werdende Belastung durch Bürokratie aufgebürdet – durch Berichte  
106 an den Staat und durch die Übernahme von Kontrollpflichten.

107 Von 2006 bis Ende 2011 wurden vom Bund mehr als 400 Maßnahmen auf den Weg  
108 gebracht, die die deutsche Wirtschaft jährlich um knapp 11 Milliarden Euro  
109 entlasten. Die Unionsparteien werden es kleinen und mittelständischen  
110 Unternehmen weiterhin ermöglichen, sich voll und ganz auf ihr Geschäft zu  
111 konzentrieren, und sie nicht mit Bürokratie zu überfordern. Der Beschluss der CDU  
112 Hamburg zur Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge sollte  
113 unter der Maßgabe der Haushaltskonsolidierung nach der Bundestagswahl geprüft  
114 werden.

115 Die von der CDU Hamburg in einem Beschluss geforderte Einsetzung einer  
116 Kommission zur Festsetzung der Lohnuntergrenze soll unmittelbar nach der  
117 Bundestagswahl umgesetzt werden. Darüber hinaus ist die Wiedereinführung des  
118 Mehrheitsprinzips im Tarifausschuss zur Voraussetzung für die Erteilung der  
119 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu prüfen.

120 Auch die von SPD, Grünen und Linkspartei geplante Wiedereinführung der  
121 Vermögenssteuer sowie höhere Erbschafts- und Einkommenssteuer würden den  
122 Mittelstand massiv treffen und Arbeitsplätze gefährden – sowohl in Hamburg, in  
123 unserer Metropolregion und auch bundesweit.

124 Diese von den linken Oppositionsparteien im Bund propagierte  
125 mittelstandsfeindliche Politik würde den entscheidenden Pfeiler unserer  
126 Volkswirtschaft gefährden. Wir als Union werden dies verhindern und verfolgen  
127 auch weiterhin ein Ziel: Die Unterstützung des Mittelstands zur nachhaltigen  
128 Stärkung unserer Wirtschaft und unseres Arbeitsmarktes.

129

### 130 **Haushalt**

131 Die christlich-liberale Koalition hat 2009 ihre Arbeit in einer schwierigen Lage  
132 aufgenommen. Das Bruttoinlandsprodukt ist in ihrem ersten Regierungsjahr in  
133 Folge der Banken- und Wirtschaftskrise um 5,1% stark eingebrochen. Dies spiegelt  
134 auch der noch von Peer Steinbrück eingebrachte Haushaltsentwurf 2010 wider – 86  
135 Milliarden Euro Neuverschuldung waren für 2010 geplant. Trotz Eurokrise haben  
136 wir 2011 mit 17,3 Milliarden und 2012 mit 22,5 Milliarden Neuverschuldung  
137 deutlich verbesserte Ergebnisse erzielt.

138 Wir werden den stringenten Kurs der Haushaltskonsolidierung beibehalten und  
139 haben den Ehrgeiz, die berühmte schwarze Null, also den Haushalt ohne  
140 strukturelles Defizit, zwei Jahre früher als bisher vorgesehen bereits im Jahr 2014 zu  
141 erreichen.

142 Dabei sind die Ziele unserer Politik klarer denn je: Wir sparen nicht um Sparens  
143 willen, sondern weil nur so der Spielraum für die nächsten Generationen geschaffen  
144 wird.

145 Anders als andere Parteien werden wir nicht durch milliarden schwere neue  
146 Ausgabeprogramme diesen Erfolg zunichte machen.

147 Angesichts der durch Wirtschaftswachstum und die Vielzahl neuer Jobs hohen  
148 Steuereinnahmen des Staates ist der Ruf nach neuen Steuern und  
149 Steuererhöhungen zurückzuweisen. Wer meint, dass er mit den steigenden  
150 Steuereinnahmen nicht auskommt, darf nicht regieren.

151

152

153

154 **Energie**

155 Die von der Union eingeleitete Energiewende greift den Wunsch der  
156 überwältigenden Mehrheit der Bürger auf, Wohlstand und Lebensqualität  
157 nachhaltig und damit nicht zu Lasten zukünftiger Generationen zu gestalten.

158 Deutschland wird die erste Industrienation der Welt sein, die diesen Wunsch  
159 verwirklicht.

160 Dafür wird es nötig sein, in einem beschleunigten Verfahren die  
161 Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine sichere Energieversorgung  
162 gewährleisten und dabei unsere starke Position im internationalen Wettbewerb  
163 fördern.

164 Die Energiewende muss von allen gemeinsam getragen werden. Daher können von  
165 den Kosten nur solche energieintensiven Unternehmen ausgenommen werden,  
166 deren Produkte einem internationalen börsenpreisgebundenen Wettbewerb  
167 unterliegen.

168

169 **Infrastruktur und Verkehr**

170 Eine verlässliche Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung  
171 dafür, Straßen, Schienen- und Wasserwege zu erhalten und auszubauen, um  
172 Mobilität für Menschen und Wirtschaft sicherzustellen.

173 Mit den beiden Programmen zur beschleunigten Infrastrukturplanung hat der Bund  
174 in den letzten beiden Jahren insgesamt 1,75 Milliarden Euro zusätzlich zur  
175 Verfügung gestellt. Auch Hamburg profitiert davon, z.B. durch ein  
176 Investitionsvolumen von 300 Millionen Euro daraus in den Neubau der 5.  
177 Schleusenkammer in Brunsbüttel und die Verlagerung der Wilhelmsburger  
178 Reichsstraße.

179 Im Hamburger Seehafen-Hinterlandverkehr spielt die Elbe eine wachsende Rolle, da  
180 die Verkehrsträger Schiene und Straße nahe an der Kapazitätsgrenze sind. Vor  
181 diesem Hintergrund haben Bundesverkehrs- und Bundesumweltministerium ein  
182 gemeinsames Gesamtkonzept Elbe erstellt, das ökologische Belange ebenso wie  
183 wirtschaftliche und verkehrliche Belange berücksichtigt.

184 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zur Elbe als Bundeswasserstraße  
185 und tritt für eine nachhaltige Ertüchtigung der Elbe für die Binnenschifffahrt ein.

186 Der neue Bundesverkehrswegeplan wird bis 2015 fertiggestellt. Hierin wird dem  
187 Erhalt und der Erneuerung von Infrastruktur Vorrang vor dem Neubau gegeben.

188 Verkehrsinvestitionen werden vorrangig dort stattfinden, wo sich der größte  
189 gesamtwirtschaftliche Nutzen ergibt. Für die Leistungsfähigkeit des Hamburger  
190 Hafens ist entscheidend , dass die Hinterlandanbindung auf der Schiene mit der  
191 sog. Y-Trasse verbessert wird, die Fahrinnenanpassung vorangebracht, der Nord-  
192 Ostsee-Kanal saniert und ausgebaut wird und weitere Infrastruktur-Engpässe  
193 beseitigt werden. Nur dann kann der Hafen seine international bedeutsame  
194 Stellung halten.

195 Insgesamt muss der Bahnknoten Hamburg verbessert werden, um nicht zu einem  
196 verstopften Nadelöhr zu werden.

197 Weitere für Hamburg besonders wichtige Vorhaben sind der Bau der A 26 mit  
198 Durchbindung über die A 7 zur A 1, der Ausbau der B 431 (neu) Ortsumgehung  
199 Rissen und der Bau der S-Bahn S 4 nach Ahrensburg.

200 Der Aktionsplan Güterverkehr und Logistik der Bundesregierung enthält wichtige  
201 Maßnahmen zur Stärkung des Logistikstandortes Hamburg, die fortzuführen und  
202 weiterzuentwickeln sind.

203 Die Reduzierung des Verkehrslärms bleibt eine große Herausforderung. Im  
204 Vordergrund steht die Lärminderung an der Quelle, also am Fahrzeug selbst. Das  
205 lärmabhängige Trassenpreissystem ist ein guter Einstieg, um die Umrüstung von  
206 Schienen-Güterwagen zu fördern. Hier bedarf es weiterer Anstrengungen,  
207 insbesondere mit gesamt europäischen Regelungen.

208 Hamburg soll sich stärker für den Ausbau der Elektromobilität einsetzen. Hierbei  
209 fordern wir die Unterstützung steuerlicher Anreize sowie die Schaffung von  
210 Parkraum für schadstoffarme Fahrzeuge. Auch die Nutzung ausgewiesener  
211 Busspuren sollte, wie in anderen Großstädten, temporär erlaubt werden.

212 Der Hamburger Wohnungsmarkt gehört zu den angespannten Wohnungsmärkten  
213 in Deutschland. In Hamburg lebt und arbeitet man gern. Die Attraktivität der Stadt  
214 schlägt sich auch in der Mietpreisentwicklung nieder.

215 Um Mieter vor überzogenen Mietpreisentwicklungen in angespannten  
216 Wohnungsmärkten zu schützen, hat die Koalition aus CDU/CSU und FDP im  
217 Deutschen Bundestag u.a. ab 01.05.2013 das Mietrecht geändert.

218 In diesen Regionen haben die Länder die Möglichkeit, durch Rechtsverordnung die  
219 Kappungsgrenze für Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete von 20  
220 Prozent auf 15 Prozent zu senken. So kann auch Hamburg zielgenau dort reagieren,  
221 wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht.

222 Neben dem Schutz der bestehenden Mietverhältnisse gilt es in Hamburg vor allem,  
223 dem Wohnungsmangel durch rege Wohnungsneubautätigkeit entgegenzutreten.  
224 Dazu müssen auch Wohnungen im niedrigen Preissegment errichtet werden. Seit  
225 Übernahme der Aufgabe der sozialen Wohnraumförderung durch die Länder hat die  
226 Bundesregierung den Ländern jährlich ca. 518 Millionen Euro dafür zur Verfügung  
227 gestellt. 2014 soll dies nach dem Willen der Bundesregierung fortgeführt werden.  
228 Für den Zeitraum 2015 - 2019 sind die Gespräche mit den Ländern noch nicht  
229 abgeschlossen. Jedoch würde bei diesen Mitteln ab 2014 die unmittelbare  
230 Zweckbindung für den Wohnungsbau entfallen, so dass es landespolitischer  
231 Entscheidungen bedarf, sie weiterhin für Sozialen Wohnungsbau einzusetzen und  
232 durch eigene Mittel sogar zu verstärken.

233 Für die Ankurbelung des frei finanzierten Wohnungsbaus hat Bundesminister Dr.  
234 Peter Ramsauer sich für die Wiedereinführung der degressiven Absetzung der  
235 Kosten der Anschaffung über die Steuer („degressive Afa“) ausgesprochen. Das  
236 würde gerade für Hamburg wichtige zusätzliche Investitionen auslösen. Diese  
237 steuerliche Erleichterung wird sowohl vom Mieterbund als auch der  
238 Wohnungswirtschaft gefordert. Die dadurch für Hamburg unmittelbar zu  
239 erwartenden Steuermindereinnahmen würden durch mittelbar ausgelöste  
240 Steuermehreinnahmen mindestens kompensiert. Eine Verweigerungshaltung  
241 Hamburgs im Bundesrat wäre in diesem Fall eine Entscheidung unmittelbar zum  
242 Schaden der Stadt und ihrer Bewohner.

243 Mit Städtebauförderungsmitteln unterstützt der Bund die Länder seit über 40  
244 Jahren bei den Projekten der Stadtentwicklung. Auch Hamburg hat davon stets  
245 profitiert. Trotz erforderlicher Zwänge der Haushaltskonsolidierung ist es der  
246 Bundesregierung gelungen, die Städtebauförderung auf einem hohen Niveau zu  
247 erhalten. Hamburg muss die Mittel des Bundes mit eigenen Mitteln kofinanzieren,  
248 um sie für die Stadtentwicklung einsetzen zu können. Diese Investitionen lohnen  
249 sich für die Attraktivität und den Lebenswert der Stadt.

250

## 251 **Innere Sicherheit**

252 Sicherheit ist die Grundvoraussetzung für die Entfaltung des Einzelnen in unserer  
253 Gesellschaft. Nur wer sich sicher fühlt und in Sicherheit lebt, kann frei und  
254 selbstbestimmt handeln.

255 Hamburg liegt im Zentrum eines geeinten und in Frieden lebenden Europas. Wir  
256 genießen heute nicht nur Freiheit und Wohlstand, sondern auch Sicherheit in einem



257 Maße wie wohl nur wenige Menschen auf der Welt. Das ist ein großer Gewinn für  
258 die Menschen in unserem Land und verleiht jedem größere individuelle Freiheiten.

259 Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung leistet dazu einen  
260 wichtigen Beitrag. Die Unterschiede zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind  
261 angesichts der heutigen Bedrohungen eher unscharf. Die Auslandseinsätze der  
262 Bundeswehr dienen daher nicht nur dem demokratischen Fortschritt und der  
263 inneren Stabilisierung in den jeweiligen Ländern, sie tragen auch zur Stabilisierung  
264 und Sicherung der Kräftebalance in der Welt und damit auch unserer Sicherheit bei.

265 Deutschland und darin insbesondere die großen Städte wie Hamburg sind Teil eines  
266 weltweiten Gefahrenraums. Deshalb brauchen wir Sicherheit im Alltag und  
267 Sicherheit vor Ort. Es darf keine rechtsfreien, sondern nur angstfreie Räume geben.  
268 Der verstärkte Einsatz der Videoüberwachung sowie präventives  
269 Sozialmanagement gehören zu den dafür erforderlichen vorbeugenden  
270 Maßnahmen. Die Bundesregierung hat hier in den vergangenen Jahren wichtige  
271 Voraussetzungen und geeignete Rahmenbedingungen geschaffen. Es ist nun Sache  
272 der Länder, diese so umzusetzen, dass die Sicherheit vor Ort gewährleistet werden  
273 kann. Dazu gehören vor allem die Vorhaltung ausreichenden und gut geschulten  
274 Personals, sowohl bei der Polizei als auch bei der Feuerwehr sowie die erforderlich  
275 technische Ausrüstung.

276 Für Hamburg – das hat die Vergangenheit gezeigt – ist Innere Sicherheit  
277 unabdingbare Voraussetzung auch für wirtschaftliche Prosperität. Hamburg muss  
278 allen Menschen, die zu uns kommen wollen und auf die wir wegen des drohenden  
279 Fachkräftemangels dringend angewiesen sind, sichere Lebens- und  
280 Arbeitsbedingungen bieten. Nur dann können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit  
281 und die hohe Lebensqualität in unserer Stadt erhalten.

282

## 283 **Bildung und Forschung**

284 Nie hat der Bund mehr in Bildung und Forschung investiert als heute. Der aktuelle  
285 Etat wurde im Vergleich zum letzten rot-grünen Bildungsetat um über 82 Prozent  
286 gesteigert. Nie waren die Bildungsergebnisse besser. Deutschland ist in der  
287 Forschung wieder weltweit an der Spitze.

288 Die Bildungspolitik der Union steht für gerechte Chancen auf eine individuelle und  
289 umfassende Förderung jedes Einzelnen. Ziel ist es, allen Jugendlichen einen  
290 allgemeinbildenden Schulabschluss oder eine betriebliche Ausbildung zu  
291 ermöglichen. So sank der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss

292 bundesweit von 8 Prozent in 2006 auf 6,5 Prozent in 2010. Nie erlangten mehr  
293 Jugendliche in Deutschland das Abitur, auch jene aus bildungsfernen Schichten  
294 oder aus einem Elternhaus mit Migrationshintergrund.

295 Mehr Jugendliche als noch unter der rot-grünen Bundesregierung erhielten durch  
296 den Nationalen Ausbildungspakt einen Ausbildungsvertrag. Bereits zum 6. Mal in  
297 Folge gibt es mehr besetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber. In  
298 Hamburg steigt die Anzahl derjenigen jungen Menschen, die ein  
299 Ausbildungsverhältnis abschließen, kontinuierlich an. So waren es beispielsweise im  
300 Jahr 2010 mit 12.602 Jugendlichen rund acht Prozent mehr als im Vorjahr.

301 Die Bildungsausgaben erreichen ein Rekordhoch, das Bildungsniveau ist insgesamt  
302 gestiegen, nie waren die Bildungsergebnisse positiver. Und der positive Trend setzt  
303 sich fort.

304 Der Wissenschaftsstandort Hamburg profitiert von der Bildungsexpansion des  
305 Bundes. Die Bildungs- und Forschungspolitik der Union sorgt für mehr  
306 Studienplätze, für bessere Studienbedingungen, mehr Exzellenz in der Forschung.  
307 Der Bund übernimmt im Rahmen der Hochschulpakt-Vereinbarungen die Hälfte der  
308 Kosten für die Einrichtung von 600.000 zusätzlichen Studienplätzen. Die Mittel für  
309 den Hochschulbau in Höhe von jährlich fast 700 Millionen Euro kommen hinzu.

310 Zur Unterstützung im Hochschulbau erhielt Hamburg von den Mitteln des  
311 Hochschulpaktes I seit 2007 jährlich durchschnittlich 70 Millionen Euro. Hamburgs  
312 Universitäten können mit über 5.100 Studienanfängern im Jahr heute deutlich mehr  
313 Studenten aufnehmen als noch im Jahr 2005. Es ist gut und richtig, dass sich Bund  
314 und Länder auf eine Verlängerung sowie eine finanzielle Aufstockung der  
315 Hochschulpakete verständigt haben. Die Länder brauchen den Bund bei der  
316 Bewältigung der Herausforderungen in der Hochschulpolitik.

317 Wir haben vieles in der Förderung der Wissenschaft bereits auf den Weg gebracht.  
318 Mit der ab 2014 startenden neuen Exzellenzinitiative stellt der Bund 500 Millionen  
319 Euro für die Qualitätssteigerung der Lehrerbildung an den Universitäten bereit. Wir  
320 als Union haben erreicht, dass die Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in  
321 Hamburg erhalten bleibt. Wir werden darauf achten und dafür sorgen, dass diese  
322 sich auch zukünftig kontinuierlich weiterentwickelt und so nicht nur wichtige  
323 Impulse für die Außenwirkung und Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr,  
324 sondern auch für den Wissenschaftsstandort Hamburg setzt.

325 Auch in der Forschungspolitik setzt der Bund die richtigen Akzente. Gerade auch  
326 für den Forschungsstandort Hamburg ist dies von besonderer Bedeutung. Mit der

327 Exzellenzinitiative fördert der Bund seit Jahren Zukunftskonzepte und  
328 Spitzenforschung an Hamburger Universitäten mit 12 Millionen Euro pro Jahr, die  
329 Exzellenzcluster erhalten rund 6,5 Millionen pro Jahr und über den Pakt für  
330 Forschung und Innovation werden außeruniversitäre Forschungseinrichtungen  
331 gefördert.

332 Eine gute und auskömmliche finanzielle Ausstattung der Hochschulen ist  
333 Voraussetzung für herausragende Forschung und Lehre. Wir wollen deshalb die  
334 Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich erleichtern und  
335 die Länder mit Bundesmitteln bei der Finanzierung der Hochschulen unterstützen.  
336 Wir möchten, dass durch eine Grundgesetz-Änderung (§91 b) der Bund künftig  
337 gemeinsam mit den Ländern „Einrichtungen und Vorhaben der Wissenschaft und  
338 Forschung an Hochschulen“ fördern darf. Nach der Bundestagswahl bedarf es  
339 einem neuen Anlauf, die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern durch  
340 diese Grundgesetzänderung oder weitere Maßnahmen wie der Einsetzung eines  
341 Bildungsrates zu stärken. Wir brauchen auch im Interesse des Standortes Hamburg  
342 eine neue Kooperationskultur im Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Hamburg als  
343 Wissenschafts- und Forschungsstandort profitiert von einer verstärkten  
344 Kooperation von Bund und Ländern.

345 Nur dort, wo die Union regiert, haben Bildung und Forschung Priorität. Dies wollen  
346 wir unter Bundeskanzlerin Angela Merkel in den nächsten vier Jahren erfolgreich  
347 fortsetzen.

348

## 349 **Kultur**

350 Während in vielen Ländern Europas die Kulturetats drastisch gekürzt wurden und  
351 auch in einigen Bundesländern empfindliche Streichungen vorgenommen wurden,  
352 hat die Koalition aus CDU/CSU und FDP in ihren Haushaltsbeschlüssen jedes Jahr  
353 zusätzliches Geld für die Kultur bewilligt, allein in 2013 100 Millionen Euro.

354 Für die CDU als die bürgerliche Partei sind weder Deutschland noch seine  
355 Bundesländer noch Europa ohne kulturelle Vielfalt denkbar.

356 Dank der zusätzlichen Mittel für Kultur konnte der Bund auch zahlreiche Projekte in  
357 Hamburg fördern, die sonst so nicht möglich gewesen wären. Beispiele dafür sind  
358 die Sanierung des Mahnmals gegen Krieg und Gewaltherrschaft St. Nikolai, das  
359 Reeperbahnfestival, die Privattheatertage oder das Bundesjugendballett.

360

361 **Familien**

362 Die Union setzt sich ein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die  
363 Unterstützung von Familien, dort wo sie es wünschen oder benötigen. Der Bund  
364 investiert ohne nach dem Grundgesetz verpflichtet zu sein in den Ausbau der  
365 Kindertagesbetreuung, damit bis zum 1. August dieses Jahres 39 Prozent der  
366 Familien mit einem Kind unter drei Jahren ein Betreuungsangebot in einer  
367 Einrichtung oder bei einer Tagespflegeperson in Anspruch nehmen können.  
368 Hamburg erhält bis 2013 Investitionsmittel des Bundes in Höhe von rund 48  
369 Millionen Euro, bis 2014 weitere 14 Millionen Euro. Hinzu kommen anteilige Kosten  
370 für die Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen, die der Bund für Hamburg  
371 bereitstellt. Mit den Bundesmitteln konnte Hamburg seine Ausbaquote stetig  
372 steigern, zuletzt lag sie bei 31 Prozent und wird voraussichtlich die Zielmarke zum  
373 Stichtag erreichen.

374 Wir als Union wollen die Zukunftschancen von Kindern verbessern. Die  
375 frühkindliche Bildung gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung. Mit der „Offensive  
376 Frühe Chancen“ unterstützt die Bundesregierung mit 10 Millionen Euro die  
377 Sprachförderung an 77 Hamburger Kindertageseinrichtungen. Mit dem Programm  
378 „Mehr Männer in Kitas“ fördert der Bund zudem die pädagogische Vielfalt in der  
379 frühkindlichen Bildung. Mehr Männer sollen für den Beruf des Erziehers begeistert  
380 werden. So wird mehr Kindern in Hamburger Kindertageseinrichtungen ermöglicht,  
381 weibliche und männliche Vorbilder zu erleben. Mittlerweile ist Hamburg deutscher  
382 Spitzenreiter, denn in keinem anderen Bundesland gibt es mehr männliche Erzieher  
383 und Tagesväter. Hamburg profitiert von der Familienpolitik des Bundes. Wir wollen  
384 diese Politik erfolgreich fortsetzen, damit mit unserer Unterstützung Familien in  
385 unserem Land ihre Lebenswelt nach ihren Vorstellungen gestalten können.

386

387 Parallel zum bestehenden Ehegattensplitting setzen wir uns ein für die  
388 Weiterentwicklung hin zur Einführung eines Familiensplittings. Vor der Prämisse  
389 der Haushaltskonsolidierung sollen Mittel durch Umschichtung hierzu zur  
390 Verfügung gestellt werden.

391 Hierzu soll die Entscheidung des Bundesfassungsgerichtes hinsichtlich der  
392 steuerlichen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften und Ehen  
393 abgewartet werden. Bei einer Entscheidung aus Karlsruhe zugunsten einer  
394 steuerlichen Gleichstellung soll diese unmittelbar umgesetzt werden.

395

396 Nach der Bundestagswahl im Herbst 2013 muss die dann neu gewählte  
397 Bundesregierung das geltende Ausländerrecht überarbeiten. Die im Ausländerrecht  
398 ausgestalteten Möglichkeiten der Zuwanderung sind teilweise restriktiv gestaltet  
399 und verhindern in weiten Bereichen den Zuzug und das Bleiberecht insbesondere  
400 bildungswilliger junger Ausländerinnen und Ausländer. So wird zugleich auf die  
401 Chance verzichtet, gut ausgebildete und zum Teil auch hoch qualifizierte  
402 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem heimischen Arbeitsmarkt als  
403 potentielle Fachkräfte anzubieten und zu integrieren. Eine deutliche Verbesserung  
404 auch im Sinne einer gezielten Zuwanderungspolitik im deutschen Interesse ist  
405 ebenso erforderlich, um die derzeitige Willkommenskultur deutlich zu verbessern  
406 und das Ansehen Deutschlands in dieser Hinsicht auch in Europa und der Welt  
407 anzuheben.“

408

#### 409 **Soziale Systeme, Gesundheit und Pflege**

410 Hamburg profitiert vom ehrenamtlichen Engagement zahlreicher Bürgerinnen und  
411 Bürger, z. B. in Stiftungen, Sportvereinen, Kirchengemeinden und  
412 Freiwilligendiensten. Über 460.000 Hamburgerinnen und Hamburger sind freiwillig  
413 ehrenamtlich aktiv – davon über 50.000 im Bereich Sport. Die Sozialpolitik der  
414 Union unterstützt dieses bürgerliche Engagement in allen Bereichen.

415 Ein Erfolgsmodell der unionsgeführten Bundesregierung ist der  
416 Bundesfreiwilligendienst seit Juli 2011. Zur Unterstützung hat der Bund mit mehr  
417 als 300 Millionen Euro so viel Geld wie noch nie für Freiwilligendienste  
418 aufgewendet. Viele Einrichtungen in Hamburg, z.B. in der Alten- und  
419 Behindertenpflege, profitieren von der Tätigkeit der Freiwilligen. Neben dem  
420 Bundesfreiwilligendienst gibt es die Möglichkeit, sich im Freiwilligen Sozialen Jahr  
421 und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr zu engagieren. Wir unterstützen die  
422 Anreize vom Bund und werden das vielfältige Engagement in Hamburg weiter  
423 fördern. Die Union möchte dazu Impulse in einer dem demographischen Wandel  
424 unterliegenden Gesellschaft geben.

425 Viel erreicht hat die Union bei der Bekämpfung der Kinderarmut. Zwei Jahre nach  
426 dem Inkrafttreten des Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes am 1. April 2011 ist  
427 klar: Das Bildungspaket ist erfolgreich und erreicht die Kinder immer besser!  
428 Gezielt werden 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unterstützt, deren Eltern  
429 Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, Sozialhilfe, den Kinderzuschlag oder Wohngeld  
430 beziehen. Das eröffnet ihnen bessere Lebens- und Entwicklungschancen.  
431 Inzwischen profitieren fast drei Viertel der berechtigten Kinder davon. Hamburg

432 hat durch diese Anreize des Bundes enorm gewonnen. Im vergangenen Jahr hat die  
433 Sozialbehörde aber nur rund 80 Prozent der Mittel ausgegeben. Wir als Union  
434 wollen, dass die vom Bund für Hamburg bereitgestellten Mittel voll ausgeschöpft  
435 werden und alle bedürftigen Kinder- und Jugendlichen am Bildungs- und  
436 Teilhabepaket partizipieren. Fest steht: Hamburg benötigt weiter die  
437 Unterstützung des Bundes bei der Überwindung von Armut. Diesen Weg wollen wir  
438 durch eine unionsgeführte Bundesregierung in den nächsten vier Jahren fortsetzen.

439 Auch für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen hat die Union  
440 die richtigen Akzente gesetzt. Mit der Ratifizierung der UN-  
441 Behindertenrechtskonvention haben CDU und CSU ein klares Bekenntnis zur  
442 umfassenden Inklusion von Menschen mit Behinderungen abgelegt. Zielgerichtet  
443 möchte der Bund die politische, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche  
444 Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verwirklichen. Rund 250.000 Menschen  
445 mit einer Behinderung leben in Hamburg. Umgesetzt wird die UN-  
446 Behindertenrechtskonvention in Hamburg im Rahmen eines Landesaktionsplans.  
447 Die Union möchte sich für die Umsetzung der UN-Konvention engagieren und die  
448 Inklusion in Hamburg weiter voranbringen. Dazu gehören u.a. der barrierefreie  
449 Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und die Förderung von jungen Menschen  
450 mit Behinderung bei der Vermittlung in eine Ausbildung. Dies gelingt durch die  
451 erfolgreiche Sozialpolitik des Bundes. Im Bereich der Beschäftigung  
452 schwerbehinderter Menschen hat der Bund mit der „Initiative Inklusion“ ein  
453 wichtiges Instrument geschaffen. Die CDU unterstützt damit die Schaffung neuer  
454 betrieblicher Ausbildungsplätze für junge Menschen mit Behinderungen und sorgt  
455 für eine zielgerichtete berufliche Orientierung.

456 Allerdings gehört der Sport zunächst nicht zu den Prioritätsbereichen im  
457 Hamburger Landesaktionsplan. Unser Ziel ist es, die Quote der am Sportbetrieb  
458 teilnehmenden Menschen mit Behinderung bis 2020 von aktuell zehn auf über 25  
459 Prozent zu steigern, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Sport zu  
460 verbessern.

461 Unsere Gesellschaft verändert sich. Bis 2025 werden etwa 20 % der  
462 Hamburgerinnen und Hamburger 65 Jahre und älter sein. Gerade der Anteil der  
463 über 80-Jährigen wird stark zunehmen, so dass 2025 ca. 115.000 Menschen in  
464 unserer Stadt jener Altersgruppe angehören werden. Dieser demographische  
465 Wandel stellt alle Beteiligten in unserer Stadt vor große Herausforderungen und  
466 birgt sowohl Risiken als auch Chancen.

467 Mit dem Gesetzentwurf zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung in der  
468 Altenpflege hat sich die Union im Bund dieser Herausforderung gestellt. So sollen  
469 sowohl lebens- und berufserfahrene Menschen für eine Umschulung zum  
470 Altenpfleger bzw. zur Altenpflegerin gewonnen und zugleich über die höhere  
471 Anzahl von Fachkräften mit qualifizierten Berufsabschlüssen auch die  
472 Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen verbessert werden. Diese Maßnahmen  
473 unterstützen wir umso mehr, da ohne entschiedenes Gegensteuern sich dieser  
474 Fachkräftemangel in den nächsten Jahren deutlich verschärfen würde. Bereits jetzt  
475 sind in Hamburg fast 300 Stellen für Altenpflegerinnen und Altenpfleger unbesetzt.  
476 Zugleich wird die Zahl der Pflegebedürftigen in unserer Stadt nach jüngsten  
477 Prognosen von rd. 47.000 im Jahr 2011 auf rd. 54.000 im Jahr 2025 ansteigen.

478 Mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) haben CDU und CSU im Bund eine  
479 weitere wichtige Weiche gestellt. Hierdurch werden die Leistungen der  
480 Pflegeversicherung bedarfsgerechter auf die besonderen Bedürfnisse von  
481 Pflegebedürftigen, insbesondere von Demenzerkrankten sowie deren pflegenden  
482 Angehörigen ausgerichtet. Das beinhaltet deutliche Leistungsverbesserungen für  
483 die derzeit rund 25.000 Hamburgerinnen und Hamburger, die an einer  
484 mittelschweren oder schweren Demenz leiden sowie eine deutliche Stärkung der  
485 pflegenden Angehörigen.

486 Auch werden mit dem PNG neue Wohnformen gestärkt. Dem liegt zugrunde, dass  
487 auch in Hamburg über 90 Prozent der Menschen ihren Lebensabend möglichst  
488 lange und selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden verbringen möchten.  
489 Deshalb setzt sich die Union mit Nachdruck für den Aus- und Umbau von  
490 altersgerechten Wohnungen unter Gewährleistung einer stadteilnahen Versorgung  
491 ein. Die verstärkte öffentliche Förderung von altersgerechtem Wohnen kann  
492 gleichzeitig die öffentlichen Haushalte entlasten, denn die von den meisten  
493 Seniorinnen und Senioren gewünschte ambulante Betreuung in der eigenen  
494 Wohnung ist deutlich preisgünstiger als die stationäre Unterbringung.

495 Es zeigt sich: Die Sorgen und Nöte, die Wünsche und berechtigten Anliegen der  
496 älteren Hamburgerinnen und Hamburger sind bei einer unionsgeführten  
497 Bundesregierung unter Angela Merkel in guten Händen.

498

#### 499 **Fazit**

500 Am 22. September 2013 entscheiden die Menschen in Hamburg nicht nur über die  
501 Zukunft ihrer Stadt, ihres Landes, sondern auch über die Zukunft Europas.

502 Die Frage wird sein, ob wir die Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel in  
503 unserem Land und in Europa fortführen oder ob wir unsere Erfolge durch rot-grüne  
504 „Abenteuer“ aufs Spiel setzen.

505 Fest steht: Ein starkes Deutschland ist gut für Hamburg.

506 Deshalb werden wir uns als Hamburger CDU dafür einsetzen, dass Dr. Angela  
507 Merkel weiterhin Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland bleibt – zum  
508 Wohle Hamburgs, Deutschlands und Europas !

509

## 510 **B e s c h l u s s**

511 **des Landesausschusses der Hamburger CDU**

512 **am 28. Mai 2013**